

Lasst Lügner blechen

Was wir vom deutschen Straßenverkehr zur Verhinderung von destruktivem Verhalten in sozialen Netzwerken lernen können

Nord Atlantische Fella Universität (NAFU)

2025-09-21

Inhaltsverzeichnis

Willkommen	1
A Intro	3
Zusammenfassung	5
Vorwort	7
B Teile	11
1 Hintergrund	13
1.1 Wilder Osten	13
1.2 Zivilisation	13
1.3 Kommunikation	14
1.4 Freie Meinungsäußerung	15
1.5 Grenzen der Meinungsäußerung	16
1.6 Versammlungsfreiheit	18
1.7 Pressefreiheit	19
1.8 Pressekodex	19
1.9 Frei-willig	20
1.9.1 BILD	20
1.9.2 Spiegel	20
1.9.3 Nius	21
1.9.4 RT	21
1.10 Laien	22

Inhaltsverzeichnis

1.11 Bösartige Akteure	22
1.12 Firehose of Falsehoods	22
1.13 Zwischenfazit 1	23
2 Straßenverkehrsrecht	25
2.1 Straßen	25
2.2 Fahrzeuge	26
2.3 Hersteller	26
2.4 Versicherungen	27
2.5 Verkehrspychologie	27
2.6 Zulassungsbehörden	28
2.7 Nummernschilder	29
2.8 Führerschein	29
2.9 Berufsfahrer	30
2.10 Geisterfahrer	31
2.11 TÜV	31
2.12 Verkehrsüberwachung	32
2.13 Ökosystem	32
2.14 ADAC	33
2.15 VGT	33
2.16 Straftaten	34
2.17 Verkehrsdelikte	34
2.18 Ordnungswidrigkeiten	35
2.19 Verkehrspolizei	36
2.20 Scoring	37
2.21 Zwischenfazit 2	38
3 Kommunikationsrecht	39
3.1 Klassifikation	39
3.2 Definition der Lüge	40
3.3 Pflicht zur Wahrheit	40
3.4 Soziale Netzwerke	41
3.5 Allgemeingüter	41
3.6 Öffentliche Lüge	42

Inhaltsverzeichnis

3.7 Beispiel Wahlen	42
3.8 Lüge oder Wahrheit	43
3.9 Lügenkataloge	43
3.10 Bewusstes Lügen	44
3.11 Dimensionen der Lüge	44
3.11.1 Lügengrad	45
3.11.2 Insistenzgrad	45
3.11.3 Häufigkeit	46
3.11.4 Schweregrad	46
3.11.5 Massengrad	47
3.11.6 Opfergrad	47
3.11.7 Reichweite	47
3.11.8 Profigrad	48
3.11.9 Lügnerscore	50
3.12 Anonyme Konten	50
3.13 Künstliche Konten	51
3.14 Kinderkrankenhaus Okhmatdyt	51
3.15 Prioritätensetzung	57
3.16 Fazit	58

Willkommen

Wir erforschen, wie man die Wahrheit so zuverlässig und robust wie deutsche Autos machen kann.

Make Liars Pay © 2024 von Nord Atlantische Fella Universität (NAFU) ist lizenziert unter CC BY-NC-ND 4.0. Für die vollständige Lizenz siehe creativecommons.org

Teil A

Intro

Zusammenfassung

Eine Jahrzehntelang entwickelte zivilisierte Hochkultur von Techniken, Regeln und Institutionen ermöglicht in Deutschland die weltweit höchste Kombination von Freiheit und Sicherheit im Straßenverkehr. Nirgendwo sonst kann man nahezu risikolos mit Tempo 200 über die Autobahn fahren. In der öffentlichen Kommunikation, insbesondere in den sozialen Netzwerken hingegen herrschen Anarchie, Chaos und das Recht des Stärkeren. Lügen, Hass und Hetze sind nicht nur unzivilisiert, sondern erodieren den gesellschaftlichen Zusammenhalt, spalten, radikalisieren und bedrohen unsere Demokratie. Wir haben versucht aufzuzeigen, dass eine zivilierte Kultur der Kommunikation möglich ist, welche Wahrheit, Meinungsfreiheit und Sicherheit der miteinander sprechenden Menschen auf ein hohes Niveau hebt. Dazu erläutern wir die vielfältigen Institutionen des deutschen Straßenverkehrs und stellen die Frage, was jeweils ein Analogon in der Welt zivilisierter Kommunikation wäre. Anschließend skizzieren wir ein Modell zur Freiheits-erhaltenden Sanktionierung von bösartigem Massenkommunikationsverhalten, um der Bedeutung wahrheitsgemäßer und sicherer Kommunikation in unserem täglichen Leben gerecht zu werden: #MakeLiarsPay.

Vorwort

Desinformation mit Hilfe der sozialen Medien und der Covid-Pandemie haben das Vertrauen in die Wahrheit, die Wissenschaft, die Presse und andere gesellschaftliche Institutionen untergraben und drängen unsere Demokratien in einen gefährlichen postfaktischen präfaschistischen Zustand. Wir alle leiden unter Lügen, Hass, Hetze und massiver organisierter Propaganda, und es ist klar, dass alle bisherigen Versuche, die sozialen Medien zu regulieren, völlig gescheitert sind.

Für Desinfo-Experten ist klar, dass wir einen völlig anderen Ansatz zur Ein-dämmung von Desinformation brauchen, und auch normale Bürger fragen sich: Wie können all diese feindseligen Desinformationen und sogar Propaganda mit ausländischem Einfluss ungestraft bleiben? Auf einem Treffen von Desinfo-Experten und engagierten Bürgern wurde das Projekt #MakeLiarsPay geboren: Lasst uns die Gesetzgeber davon überzeugen, Lügen, Hass und Hassreden in sozialen Netzwerken und anderen Kommunikationskanälen zu bestrafen.

Als wir jedoch vom Workshop zur Projektentwicklung zurückkehrten und mit Freunden und Anwälten darüber sprachen, waren die spontanen Reaktionen sehr pessimistisch. Die Bedenken gruppierten sich um drei Themen, die gegen jegliche Regulierung der Kommunikation sprechen:

- **Ethik:** Die Bestrafung von Lügen würde die Redefreiheit einschränken und Zensur bedeuten
- **Regeln:** Es sei unmöglich, eine Grenze zwischen Wahrheit und Lüge zu ziehen, um anwendbare Regeln festzulegen

Vorwort

- **Kosten:** Die Bearbeitung von Regelverstößen würde die Clearingabteilungen der sozialen Netzwerke und Gerichte überfordern

Wir haben erkannt, dass die Idee von #MakeLiarsPay zu innovativ ist, um nicht auf Widerstand zu stoßen. Positiv ausgedrückt: Die oben genannten Bedenken beruhen auf falschen Annahmen, und es bedarf grundlegender Arbeit, um diese Annahmen zu überwinden und über sie hinaus zu denken. Wir haben uns also auf den Weg gemacht, um zu beweisen, dass Ethik, Regeln und Kosten machbar sind, ja sogar schon gemacht wurden: nämlich wenn es darum geht, gefährliches, aggressives, asoziales Verhalten im Straßenverkehr zu bestrafen. Mit anderen Worten: Wir haben die wichtigsten Regelwerke und Institutionen, die den Autoverkehr regeln, untersucht und die Ergebnisse auf die Bestrafung von Lügen, Hass und Hassreden im Kommunikationsverkehr übertragen. Das hat einen doppelten Nutzen:

- es widerlegt die oben genannten Bedenken
- in Deutschland, einem autoverrückten Land, gibt es nichts Besseres als Auto-Analogien, um Menschen zu überzeugen und zu engagieren

Dieses 60-seitige Non-Paper *Make Liars Pay* besteht aus drei Teilen:

- **Hintergrund:** Dieser Teil erklärt das rechtliche Kontinuum von der privaten Redefreiheit über die öffentliche Redefreiheit bis hin zur Pressefreiheit: Spoiler: Veröffentlichungen mit einer großen Reichweite für ein großes Publikum sind nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten verbunden. Dies ist der ethische Rahmen für die Einschränkung von "frei" im Sinne von "achtlos und rücksichtslos".
- **Straßenverkehr:** Dieser Teil analysiert eine beeindruckende Liste von Institutionen, die an der Verkehrsregulierung beteiligt sind und tatsächlich die Freiheit ermöglichen, in Deutschland besonders schnell zu fahren. Ähnliche Funktionen sieht das Dokument für die gesellschaftliche Kommunikation vor
- **Kommunikationsverkehr:** Dieser Teil entwirft ein kohärentes System von Regeln und Funktionen für die Kommunikation, insbesondere

Vorwort

- **Regeln:** von Autofahrten erwarten wir kein optimales Verhalten (es gibt keine Notwendigkeit, eine genaue Wahrheit zu definieren), stattdessen erwarten wir ein gewisses Grundwissen und die Beherrschung der Regeln und ein gewisses inakzeptables Verhalten wird kodifiziert und durch Strafen entmutigt, das gleiche ist in der Kommunikation möglich.
- **Kosten:** Im Straßenverkehr haben wir ein abgestuftes System von Regelverstößen (Ordnungswidrigkeiten, Straftaten) etabliert, das größtenteils effizient, automatisch und ohne Einschaltung der Gerichte funktioniert und Millionen von Regelverstößen ahndet und damit Milliarden von Regelverstößen und Chaos auf den Straßen verhindert. Noch besser funktioniert dies im Kommunikationsverkehr.

Teil B

Teile

1 Hintergrund

1.1 Wilder Osten

Ich war gestern in einem Entwicklungsland, in welchem es keinerlei Regeln zu Fahrzeugherrstellung und keine Straßenverkehrsordnung gibt. Auf den Straßen gab es keine Beschilderung, dafür jederzeit tiefe Schlaglöcher. Es galt das Recht des Stärkeren, wenige Reiche rasten mit großen geländegängigen Fahrzeugen über die Schlaglöcher hinweg, die meisten andern umkurvten diese vorsichtig mit alten stinkenden Autos. Die Autos hatten keine Nummernschilder und Gurte, es gab keinen TÜV, schwere Unfälle mit Fahrerflucht waren die Regel und blieben straflos. Das totale, gefährliche Chaos. Ab und zu, wenn zuviele Tote in der Zeitung standen, wurde gefordert, die Straße dürfe kein rechtsfreier Raum sein. Aber Gesetze welche die Folgen der technischen Entwicklung berücksichtigen gab es keine, es wurde behauptet, die Regeln gegen die Kriminalität aus der Zeit vor der Erfindung des Automobils reichten aus. Wagte es jemand vorzuschlagen, man solle die Autohersteller regulieren, eine Straßenverkehrsordnung verabschieden, TÜV und Straßenpolizei einführen, dann kam das Totschlagargument: man sei ein freies Land, hier gebe es *Freie Fahrt für freie Bürger*.

1.2 Zivilisation

Zur Erinnerung: es heißt *Freie Fahrt für freie Bürger*, nicht *Rücksichtsloses Rasen für ungehemmte Vandale*. In Deutschland ist es möglich, ohne Geschwindigkeitsbegrenzung zu fahren, nicht weil wir keine Regeln hätten,

1 Hintergrund

sondern weil wir eine *hochzivilisierte regelbasierte Ordnung* haben, in welcher die Regulierung von Fahrzeugen und mit der Strassenverkehrsordnung für Fahrzeugführer eng verzahnt ist. Zum Beispiel müssen Hersteller Gurte einbauen, und Fahrzeuginsassen müssen Gurte anlegen. Hersteller müssen Qualitätsanforderungen für Reifen erfüllen, und Fahrzeughalter müssen bei Schnee Winterreifen fahren. Menschen aus autoritären regellosen Willkürsystemen kennen und verstehen das nicht. Ihnen kann Propaganda die Gurtpflicht, Winterreifepflicht etc. leicht als Freiheitseinschränkung denunzieren.

1.3 Kommunikation

Ja, ich spreche von den technischen Folgen des Internets, der sozialen Netzwerke, des Smartphones und der sogenannten Künstlichen Intelligenz. Hierzu haben wir keine hochzivilisierte Gesetzgebung, sondern es herrscht Rechtlosigkeit, Rücksichtslosigkeit und Straffreiheit, kurz das Recht des Stärkeren.

„Das Internet ist für uns alle Neuland“, sagte Angela Merkel noch 2013, 24 Jahre nach dessen Erfindung. 2023, nochmal zehn Jahre später, kaufte der Oligarch Elon Musk zusammen mit russischen Oligarchen die internationale und unregulierte Diskussionsplattform *twitter* und setzt unter dem Slogan “Free speech” die totalitäre Kontrolle des Monopolisten in sozialen Netzwerken durch: er alleine definiert - willkürlich und intransparent - die Regeln der Diskussion und wer was zu sehen bekommt. Musk amnestierte rechts-extreme Konten und die von ihm geförderten menschlichen und technischen Trolle überschwemmen die in “X” umbenannte Platform mit Desinformation, Hass und Hetze.

Das falsche Versprechen von “free speech” entpuppte sich als offener Versuch, politischer Einflussnahme, dem Versuch in den USA den krimimellen Umstürzler Donald Trump an die Macht zu bringen und die amerikanische

1.4 Freie Meinungsäußerung

Demokratie zugunsten einer Milliardärs-Oligarchie abzuschaffen (Projekt 2025).

Dass es Handlungsbedarf gibt, zeigt die Initiative [Jeder Mensch](#) des Juristen und Autor Ferdinand von Schirach, die mit der Petition [Für neue Grundrechte in Europa](#) eine "Utopie für Europa" formuliert. Sie schlägt als einen von sechs Grundrechts-Artikeln vor:

Artikel 4 – Wahrheit Jeder Mensch hat das Recht, dass Äußerungen von Amtsträgern der Wahrheit entsprechen.

Diese begrüßenswerte Initiative aus der Zeit vor dem offenen Krieg Russlands gegen die Ukraine und gegen ganz Europa springt zu kurz, denn zersetzender Desinformation ist ein durch die Belohnungsmechanismen sozialer Netzwerke gefördertes Massenphänomen und der vorgeschlagene Grundrechts-Artikel würde nicht einmal Lügen von Politikern vor einer Wahl sanktionieren, siehe [Kinderkrankenhaus Okhmatdyt](#).

1.4 Freie Meinungsäußerung

In Deutschland gibt es keine "free-speech"-Tradition, sondern das Recht auf *freie Meinungsäußerung*. Nach den Erfahrungen des Dritten Reichs soll niemand für seine Meinung verfolgt werden, ins Gefängnis müssen. Aber es gibt Grenzen. Wie alle Rechte wird das Recht auf freie Meinungsäußerung abgewogen gegen andere Rechte: das Recht nicht beleidigt oder verleumdet zu werden, das Recht, nicht plötzlich auf der Strasse von einem politischen Mob überfallen zu werden, das Recht, vertrauliche Informationen vertraulich zu behandeln, zum Schutz der Privatsphäre und zum Schutz der Allgemeinheit. Wer dem Feind Militärgeheimnisse verrät, kann sich nicht auf freie Meinungsäußerung berufen.

Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft (GG Artikel 5)

1 Hintergrund

1. Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
2. Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
3. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

1.5 Grenzen der Meinungsäußerung

Die Freiheit der Meinungsäußerung wird in Deutschland eingehetzt durch verschiedene StGB Straftatbestände, die unserem friedlichen Zusammenleben dienen: Landfriedensbruch (§ 125), Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten (§ 126), Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten (§ 126a), Volksverhetzung (§ 130), Anleitung zu Straftaten (§ 130a), Gewaltdarstellung (§ 131), Nichtanzeige geplanter Straftaten (§ 138), Belohnung und Billigung von Straftaten (§ 140), Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142), Mißbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln (§ 145), Verstoß gegen Weisungen während der Führungsaufsicht (§ 145a), Verstoß gegen das Berufsverbot (§ 145c), Vortäuschen einer Straftat (§ 145d), Beleidigung (§ 185), Üble Nachrede (§ 186), Verleumdung (§ 187), Verhetzende Beleidigung (§ 192a), Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes (§ 201), Nötigung (§ 240), Bedrohung (§ 241), Politische Verdächtigung (§ 241a), Betrug (§ 263), Urkundenfälschung (§ 267), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268), Unerlaubte Veranstaltung eines Glücksspiels (§ 284), Beteiligung am unerlaubten Glücksspiel (§ 285), um die wichtigsten zu nennen.

Auch im Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) gibt es Paragra-

1.5 Grenzen der Meinungsäußerung

phen, welcher der beliebigen Meinungsäußerung Grenzen auferlegen könnten:

Unerlaubte Ansammlung (§ 113):

1. Ordnungswidrig handelt, wer sich einer öffentlichen Ansammlung anschließt oder sich nicht aus ihr entfernt, obwohl ein Träger von Hoheitsbefugnissen die Menge dreimal rechtmäßig aufgefordert hat, auseinanderzugehen.
2. Ordnungswidrig handelt auch der Täter, der fahrlässig nicht erkennt, daß die Aufforderung rechtmäßig ist.
3. Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu eintausend Euro, in den Fällen des Absatzes 2 mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Euro geahndet werden.

Hier ist allerdings unklar, ob sich das auch auf virtuelle Versammlungen bezieht.

Belästigung der Allgemeinheit (§ 118):

1. Ordnungswidrig handelt, wer eine grob ungehörige Handlung vornimmt, die geeignet ist, die Allgemeinheit zu belästigen oder zu gefährden und die öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen.
2. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden, wenn die Handlung nicht nach anderen Vorschriften geahndet werden kann.

Hier ist allerdings unklar, ob sich hieraus Grenzen der Meinungsäußerung ableiten lassen, denn GG Artikel 5 Absatz 1 wird im folgenden nicht erwähnt:

Einschränkung von Grundrechten (§ 132):

- Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes), der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes) und der Unverletzlichkeit der Wohnung

1 Hintergrund

(Artikel 13 des Grundgesetzes) werden nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt.

Vielleicht ist eine Erwähnung von GG Artikel 5 Absatz 1 aber schlicht nicht nötig, denn das Grundgesetz sieht kein Recht auf Lüge vor.

Diese Regeln stammen aus einer Zeit, zu der es noch keine soziale Netzwerke gab, also keine Reichweiten für nicht-Journalisten, Möglichkeiten zu virtuellen Versammlungen, Flash-Mobs u.ä.

1.6 Versammlungsfreiheit

Es gibt es einen Unterschied zwischen privater, halb-öffentlicher und öffentlicher Meinungsäußerung, präziser zwischen privater, halb-öffentlicher und öffentlicher Reichweite.

Während wir traditionell die Freiheit der privaten Meinungsäußerung weitgehend schützen (Briefgeheimnis) gibt es für die öffentliche Meinungsäußerung strafbewerte Auflagen: versammeln darf man sich, aber nur ohne Waffen. Eine Versammlung in geschlossenen Räumen (= begrenzte Teilnehmerzahl) muss nicht angemeldet werden, eine Versammlung unter freiem Himmel hingegen muss wegen der potentiell unbegrenzten Teilnehmerzahl 48 Stunden vorher angemeldet werden, ausgenommen sind Spontanversammlungen, die sich aus aktuellem Anlass augenblicklich bilden. Das Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes grenzt jeweils für den Deutschen Bundestag, den Bundesrat und das Bundesverfassungsgericht einen "befriedeten Bezirk" ab, in dem Versammlungen unter freiem Himmel grundsätzlich verboten sind.

Diese ausgewogenen Regelungen erlauben die freie Meinungsäußerung und gewährleisten die Sicherheit im öffentlichen Raum (sofern sie angewendet werden).

1.7 Pressefreiheit

1.7 Pressefreiheit

Die Demokratie lebt von der Gewaltenteilung: Legislative, Exekutive und Judikative sind getrennt. Die freie Presse übernimmt in der Demokratie die Rolle der vierten Gewalt: der öffentlichen Kontrolle. Deshalb gibt es in Deutschland Pressefreiheit: das Recht der Presse, unzensiert und weitgehend unbehindert recherchieren und veröffentlichen zu dürfen. Mit diesem Recht auf öffentliche Reichweite gehen Pflichten einher: die Pflicht zur journalistischen Sorgfalt und Neutralität, die Pflicht zur Trennung von Berichterstattung und Kommentar:

"Die strikte Trennung von Information und Kommentar, die heute zum Ethos aller soliden Blätter und Sender gehört, musste den Journalisten in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erst wieder mühsam anerzogen werden. Objektivität und Überparteilichkeit waren ihnen während des Nationalsozialismus gründlich abgewöhnt worden. Diese Prinzipien aber" sind nicht nur wünschenswerte Ideale, sondern reale Notwendigkeiten im heutigen Deutschland, wo Subjektivität, Entstellungssucht und Sonderinteressen ständig nach Ausdrucksmöglichkeiten suchen", hieß es im "Wegweiser zu gutem Journalismus", den die Alliierten im April 1947 herausgaben (zitiert nach K. Koszyk in: Mediengeschichte S.52)." [ARD-Alpha](#)

1.8 Pressekodex

Für die journalistischen Pflichten gibt den [Pressekodex](#) des Presserats. Aber es handelt sich nur um eine Selbstverpflichtung, nicht um gesetzliche Pflichten. Und, Überraschung, in diesem Pressekodex kommt eine Pflicht zur Trennung von Bericht und Kommentar nicht vor. Der Pressekodex kennt nur die Trennung von Werbung und Redaktion.

1 Hintergrund

1.9 Frei-willig

Freiwillige Selbstverpflichtungen funktionieren bekanntermaßen nicht. Haben selbst bei Profis nie funktioniert. Wie sollen sie dann bei nicht ausgebildeten Laienjournalisten funktionieren, wie jeder twitter-Nutzer einer ist? Kurz zur Erinnerung ein paar Beispiele:

1.9.1 BILD

Die BILD-Zeitung war schon in den 80ern, spätestens nach den Recherchen von Günther Wallraf, sprichwörtlich bekannt für ihren "laxen" Umgang mit der Wahrheit. Damals machte der Satz die Runde: "Mutter drehte Kind durch Fleischwolf, BILD sprach mit der Bulette". Seit Beginn der Statistik des Presserates 1986 war *Bild* laut [Wikipedia](#) die am meisten gerügte Zeitung mit 233 Rügen bis zum ersten Quartal 2021.

1.9.2 Spiegel

"1956/1957, rund zehn Jahre nach der Gründung des Blattes, verfasste Hans Magnus Enzensberger eine kritische Analyse über *Die Sprache des Spiegel*, in der er eine Reihe von Thesen aufstellte: *Das deutsche Nachrichtenmagazin* sei im Grunde kein Nachrichtenmagazin, da es seinen Informationsgehalt in die Form von „Storys“ kleide, *Der Spiegel* übe nicht Kritik, sondern deren Surrogat, der Leser des *Spiegels* werde nicht orientiert, sondern desorientiert" [Wikipedia](#).

Wenn schon "altehrwürdige", als Stützen der Demokratie angesehene Presseorgane wie der Spiegel zugunsten fesselnder Stories auf eine möglichst objektive Berichterstattung verzichten, was ist dann mit "Presseorganen", welche klar das Ziel verfolgen, ihre Leserschaft zugunsten bestimmter politischer Akteure zu manipulieren? Was ist mit Akteuren, die mit großer

1.9 Frei-willig

Reichweite schamlos bösartige Lügen verbreiten, um unsere Gesellschaft zu destabilisieren und schädliche Narrative durchzusetzen?

1.9.3 Nius

Nehmen wir z.B. Nius, ein rechtspopulistisches und rechtskonservatives Onlinemedium, bei welchem die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MaBB) inzwischen (Februar 2024) prüft, ob ein Aufsichtsverfahren in Gang gesetzt werden muss [Wikipedia](#).

Nehmen wir zum Beispiel den ost-deutschen "Journalisten" Ralf Schuler, der in der DDR für die Blockflöten-Zeitung "Neue Zeit" schrieb, für das Boulevardblatt "BILD", ein Buch mit dem skrupellosen Titel "Lasst uns Populisten sein: Zehn Thesen für eine neue Streitkultur", und ein weiteres Buch, in welchem er die "Meinung" verbreitet, [es sei geboten auch „alternative Erwärmungsursachen“ für den Klimawandel zu diskutieren](#). Der Nius-Zuarbeiter Schuler, macht bei Nius die Schwurbler-Manipulationstechnik "[Just asking Questions](#)" zum Programm, indem er das Spiegel-Motto "[Sagen was ist](#)" verdreht zu "[Fragen was ist](#)".

1.9.4 RT

RT (bis 2009: Russia Today) ist ein 2005 vom russischen Staat gegründetes und finanziertes Auslandsfernsehprogramm, das im Internet und per Satellitentranspondern verbreitet wird. Es hat durch gezielte Desinformation und Propaganda geholfen, die Weltöffentlichkeit über die Absichten des russischen Regimes zu täuschen und den Angriffskrieg gegen die Ukraine vorzubereiten: die Ukraine existiere gar nicht, die nicht existierenden Ukrainer seien Nazis, deren Freiheitswillen sei vom Westen finanziert, russischsprachige Ukrainer seien Russen und würden in der Ukraine verfolgt, die NATO greife Russland an, Russland müsse sich verteidigen, usw.

1 Hintergrund

Am 2. März 2022 trat ein Verbot jeglicher Übertragung von RT-Inhalten EU-weit in Kraft, um die Verbreitung von Lügen über den russischen Überfall auf die Ukraine zu verhindern.

1.10 Laien

Wenn hauptberufliche Journalisten sich einen laxen Pressekodex geben und die Pressefreiheit als Rechte ohne Pflichten missbrauchen, was ist dann mit den nicht-ausgebildeten Gelegenheitsschreibern, die dank der technischen Revolutionen des Internets, der sozialen Netzwerke und des Smartphones ein Massenpublikum erreichen können?

1.11 Bösartige Akteure

Russland führt hybriden Krieg gegen das freie Europa. Russland führt einen brutalen Angriffskrieg von außen gegen den Schutzwall im Osten der Ukraine. Russland spioniert und sabotiert in der gesamten EU. Und Russland versucht die demokratischen Gesellschaften von innen zu entmutigen, zu spalten, und mit extremistischen Parteien wie der AfD und dem BSW zu zerstören. Die stärkste Waffe Russlands ist zersetzende Desinformation.

1.12 Firehose of Falsehoods

Russland industrialisiert die Verbreitung von pro-russischer Desinformation

- durch professionelle Akteure wie Bernd Höcke und Sahra Wagenknecht in reichweitenstarken Formaten wie Talkshows

1.13 Zwischenfazit 1

- durch Multiplikatoren und nützlichen Idioten in sozialen Netzwerken
- durch Trollfabriken mit Fake-Konten in sozialen Netzwerken
- und zunehmend durch von künstlicher Intelligenz automatisierte Bots
- gestützt durch Fake-Zeugen (z.B. Alina Lipp)
- gestützt durch manipulative Quellen (z.B. Anti-Spiegel)
- gestützt durch gefälschte Presse-Webseiten ([Doppelgängerkampagne](#))

Das Ziel der [Firehose of Falsehoods](#) Propagandatechnik ist es, die Öffentlichkeit auf möglichst vielen Kommunikationskanälen mit vielen verschiedenen Narrativen zu fluten, so viel, so schnell, dass

- die demokratische Öffentlichkeit aufgibt, durch Bewerten von Informationen und eigenes aufgeklärtes Denken ein eigenes Bild der Wahrheit sich zu erarbeiten
- damit umso leichter eines der oft wiederholten russischen Lügennarrative im Gedächtnis bleibt und als wahr erinnert wird
- damit von der Wahrheit und dem nötigen Verteidigen der Freiheit abgelenkt wird

1.13 Zwischenfazit 1

Unter dem Deckmantel von Pressefreiheit und Meinungsfreiheit sind bösartige Akteure dabei, mit Desinformation unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu zersetzen. Schauen wir dem dekadent tatenlos zu oder sind wir resilient und wehren uns? Erlauben wir Lügnern, Hetzern und Hassern sich auf unseren Kommunikationswegen zusammenzurotten, und friedliche engagierte Bürger zu bedrohen, zu verfolgen und extremistischen Parteien in die Arme zu hetzen? Erlauben wir weiter die gesetzlosen Zustände auf unseren Kommunikationswegen oder tun wir, was wir bei Straßen und Autos so erfolgreich getan haben: eine hochzivilisierte

1 Hintergrund

regelbasierte Ordnung zu schaffen, welche eine faktenbasierte Meinungsbildung wieder ermöglicht, die die Grundlage für die freie Meinungsäußerung sein sollte. Der Slogan von BILD "Dir Deine Meinung" nicht im Desinformationssturm gewalttätig ins Hirn geblasen, sondern ganz zivil *gebildet*, auf Basis zuverlässiger Quellen, ohne Lügen, Manipulation oder gar Drohungen.

2 Straßenverkehrsrecht

Bevor jetzt das Totschlagargument kommt, Gesetze zur Kommunikation würden die freie Meinungsäußerung bedrohen, schauen wir doch erst mal, wie wir das im Straßenverkehr hinbekommen haben. Was man im Straßenverkehr tun darf und lassen muss, sieht auf den ersten Blick ja auch unglaublich schwierig zu formalisieren und zu realisieren aus. So schwierig, dass die KI Apologeten das mit dem autonomen Fahren nicht hinbekommen. Wo darf ich / muss ich mich wie schnell fortbewegen, ist ja extrem kontextabhängig, alle diese Kontexte sind in unsere Regulierung und Gesetzgebung einbezogen.

2.1 Straßen

Unsere Gesetze unterscheiden viele verschiedene Wegetypen: Fußwege, Radwege, Straßen, Landstrassen, Schnellstraßen, Autobahnen, mit unterschiedlichen Richt- und Höchstgeschwindigkeiten. Straßen und Schienen werden nach strengen Standards gebaut und gewartet. Je nach Situation vor Ort und Wetter sind unterschiedliche Geschwindigkeiten erlaubt, unterschiedliche Beschilderungen und Ampelanlagen zu beachten.

Ja wir unterscheiden zwischen Print, Radio, Fernsehen und Internet. Aber Qualitätsregularien für verschiedene Formate wie Talkshows gibt es nicht. Eine gesetzliche Klassifikation von sozialen Netzwerken gibt es nicht. Verlässliche Qualitätsgarantien in sozialen Netzwerken gibt es nicht. Geschweige denn

2 Straßenverkehrsrecht

dass wir den Kommunikationsverkehr je nach Auslastung und Themenwetter regeln, z.B. vor einer Wahl, nach einem Anschlag, o.ä.

2.2 Fahrzeuge

Nicht auf jedem Wegetyp darf man mit jeder Art Fahrzeug fahren. Wir unterscheiden Schuhe, Tretroller, e-Roller, Fahrräder, e-bikes, Mofas, Mopeds, Kleinkrafträder, Motorräder, PKWs, Lieferwagen, Lastwagen, Sattelschlepper, usw. Diese Fahrzeuge unterliegen unterschiedlicher Regulierung, je gefährlicher desto mehr. Vorgeschrieben sind Bremsen und Beleuchtung an Fahrrädern, Gurte, Airbags, ABS, Crashtests an PKWs. PKWs müssen Dauerbremsen und eine Feststellbremsanlage haben. Für LKWs und Anhänger gelten komplexere Vorschriften für deren Bremsanlagen.

Es gibt keinerlei gesetzliche Vorschriften zur Sicherheit von Endverbrauchergeräten und zur Kommunikation im Internet. Man könnte soziale Netzwerke verpflichten, in ihren Editoren Echtzeitprüfung von inhaltlicher Richtigkeit und Emotionalität einzubauen. Der Nutzer könnte gewarnt werden, dass sein Tweet inhaltlich verdächtig, repetitiv oder aggressiv ist, dass er dabei ist, Teil eines Online-Mobs zu werden.

2.3 Hersteller

Hersteller müssen nicht nur Regeln für die einzelnen Fahrzeugtypen befolgen, sondern auch Emissionsgrenzen für die gesamte Flotte. Das gilt ausnahmslos auch für ausländische Hersteller, die in Deutschland tätig werden wollen.

2.4 Versicherungen

Anbieter von sozialen Netzwerken sind oft Oligopolisten und unterliegen fast keiner Regulierung. Während die Anbieter sozialer Netzwerke sich gerne darauf berufen, nicht für Inhalte redaktionell verantwortlich zu sein, unterliegen sie keinen Neutralitätspflichten, können bestimmte Akteure und Inhalte pushen, andere zensieren. Soziale Netzwerke sollten gesetzlich zu Neutralität und Fairness verpflichtet sein.

2.4 Versicherungen

Fahrzeuge müssen versichert sein. Ohne Haftpflichtversicherungen, welche andere Verkehrsteilnehmer absichern, darf kein KFZ zugelassen werden. Zusätzlich gibt es einen ganzen Strauß von Zusatzversicherungen: Unfall, Teilkasko, Vollkasko. Die Kosten für diese Versicherungen hängen von Eigenschaften des Fahrzeugs und des Fahrers ab. Zum Beispiel darf man ein normales e-Bike ohne Versicherung fahren, ein schnelleres Pedelec aber muss versichert werden.

eine Pflichtversicherung für Schäden durch das Führen eines Kontos in sozialen Netzwerken gibt es nicht. Eine solche könnte man aber von Konten verlangen, welche eine hohe Aktivität oder große Reichweite haben.

2.5 Verkehrspsychologie

Nach der Reduktion von Unfallfolgen durch technische Maßnahmen wie Bremsen, Knautschzonen, Gurtpflicht, ABS und Airbags optimiert die psychologische Unfallforschung die Verhütung von Unfällen auf den Straßen.

2 Straßenverkehrsrecht

Die Nutzerfreundlichkeit und Standardisierung von Bedienelementen, die Verständlichkeit der Beschilderung, der Schutz vor Überlastung der Aufmerksamkeit durch zuviele Schilder, der Schutz vor Blendung, die Gestaltung und Lichtführung von Vorfahrtsstraßen sowie Feedback über Fehlverhalten und dessen Bestrafung wird nach Erkenntnissen der Verkehrpsychologie gestaltet.

In der IT wird zwar mit psychologischen Methoden an User eXperience (UX) geforscht, im Vordergrund bei sozialen Netzwerken stehen aber kommerzielle Aspekte und "dark patterns" die zu Hass, Hetze und Sucht führen. Die Verantwortung für die Kommunikationsführung den Netzwerkbetreibern zu überlassen, führt zu einem massiven Interessenkonflikt, den die international mächtigen Betreiber in ihrem Sinne entscheiden. Hier bedarf es einer von den sozialen Netzwerken über Abgaben finanzierten unabhängigen staatlichen Institution, welche die Kommunikationsführung erforscht und dem Allgemeinwohl dienende Standards verpflichtend macht.

2.6 Zulassungsbehörden

Die Einhaltung der Regulierung wird von den Zulassungsbehörden kontrolliert. Ohne Zulassung darf ein neues Fahrzeugmodell nicht zugelassen werden. Ein zugelassener Fahrzeugtyp darf nicht relevant verändert werden.

Einen Zulassungsprozess für Soziale Netzwerke, Webseiten, Blogs oder sonstige Kommunikationsdienste gibt es nicht (jenseits von Telekommunikationsanbietern, für welche die Bundesnetzagentur zuständig ist). Änderungen an bestehenden populären Plattformen oder neue Features in sozialen Netzwerken sollten einer Zulassungspflicht unterliegen, um

2.7 Nummernschilder

negative Technologiefolgen wie Datenschutzverletzungen oder boosten von Hass und Hetze zu vermeiden.

2.7 Nummernschilder

Die meisten Fahrzeugtypen dürfen nicht anonym geführt werden, sondern jedes Fahrzeug erhält ein Pseudonym, "Nummernschild" genannt. Dies erlaubt zwar nicht die Identifikation des Fahrers, aber zumindest des Halters des Fahrzeugs. In bestimmten kritischen Situationen ist auch ein Pseudonym nicht ausreichend, sondern der Fahrer muss nach einem Unfall in Person am Fahrzeug bleiben, ansonsten begeht er Fahrerflucht, was einen eigenen schweren Straftatbestand darstellt.

Zur Zeit darf Hass und Hetze völlig anonym im Netz verbreitet werden, eine zentrale Pseudonymisierungsstelle und Kennzeichenpflicht gibt es nicht. Die Nutzung anonymer Konten in sozialen Netzwerken hat eine gewisse Berechtigung, aber muss an die Einhaltung bestimmter Regeln gekoppelt werden. Zum Beispiel muss es möglich sein, sich als Leser sicher zu sein, dass der Autor bestimmte behauptete Qualifikationen hat. Nicht einfach, dass der Autor für einen blauen Haken bezahlt hat.

2.8 Führerschein

Ohne einen Erlaubnisschein darf man in Deutschland fast nichts tun, nicht mal einen Fisch aus dem Wasser ziehen. Ein Kraftfahrzeug zu führen setzt einen Führerschein voraus. Um diesen zu erlangen muss man eine Ausbildung bezahlen, durchlaufen und eine theoretische und praktische Prüfung bestehen. Wer für das Führen eines Fahrzeugs auf Hilfsmittel, z.B. eine

2 Straßenverkehrsrecht

Brille angewiesen ist, bekommt diese Einschränkung in den Führerschein geschrieben.

Wer diese Einschränkungen oder Verkehrsregeln missachtet, kann den Führerschein temporär oder dauerhaft verlieren. Um ihn wiederzuverlangen muss er beim Psychologen vorstellig werden (Medizinisch-Psychologische Untersuchung, im Volksmund "Idiotentest") und diesen davon überzeugen, für das Führen eines Fahrzeuges geeignet zu sein.

Das Veröffentlichen von Informationen im Internet erfordert zur Zeit keinerlei Qualifikation, geschweige erfordert einen Befähigungsnachweis. Von Konten mit semi-professioneller Aktivität oder mittlerer Reichweite sollte man ein Mindestmaß an journalistischer Ausbildung und Integrität fordern dürfen, etwa die Trennung von Bericht und Meinung, und das Zitieren von Quellen.

2.9 Berufsfahrer

An Fahrberufe werden besondere Anforderungen gestellt. Das Führen von LKW erfordert einen besonderen Führerschein, je nach Größe des Fahrzeugs. Der Transport von Gefahrgut erfordert einen besonderen Führerschein. Der Transport von Personen erfordert einen besonderen Führerschein, für viele Personen (Bus) einen anderen als für wenige Personen (Taxi).

Für Berufskraftfahrer gelten erhöhte gesetzliche Anforderungen an die Kraftfahreignung, die diese im Interesse der Verkehrssicherheit regelmäßig mittels verkehrsmedizinischer und unter Umständen auch leistungspsychologischer Untersuchungen überprüfen lassen müssen.

An Freizeitjournalisten, hauptberufliche Blogger, Influencer und oder gar Militär-Blogger werden keine besonderen Anforderungen gestellt. Für Personen mit professioneller Aktivität

2.10 Geisterfahrer

oder hoher Reichweite oder Sicherheitsrelevanten Themen sollten besondere Sorgfaltspflichten gelten. Für wiederholte oder besonders bösartige Desinformation sollte es Kontosperren, Deanonymisierung gegenüber der Staatsanwaltschaft und besondere Straftatbestände geben.

2.10 Geisterfahrer

Fährt jemand auf der Autobahn in die falsche Richtung, werden massive Massnahmen eingeleitet: vor dem Falschfahrer wird im Radio gewarnt, die Polizei versucht ihn schnellstmöglich aus dem Verkehr zu ziehen. Der Gesetzgeber greift bei Geisterfahrern hart durch: Nach§ 315c StGB droht Falschfahrern eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, wenn der Autofahrer bei seiner Falschfahrt auf der Autobahn grob verkehrswidrig und rücksichtslos handelt und es zudem zu einer konkreten Gefahr für Leib oder Leben kommt oder aber Sachen von bedeutendem Wert beschädigt werden.

Professionelle Desinformanten, vor allen in Multiplikatorenrollen wie Professuren oder als Experten im ÖRR, aber auch Arbeiter in feindlichen Trollfabriken oder programmierte Bots stellen eine massive Gefährdung unserer Kommunikationswege dar. Sie müssen durch gezielte Analysen in den sozialen Netzwerken zeitnah identifiziert werden, um die entsprechenden Konten zu schließen und die verantwortlichen Personen hart zu bestrafen.

2.11 TÜV

Der Technischer Überwachungsverein (TÜV) prüft die einzelne Fahrzeuge im Laufe ihres "Lebens" regelmäßig auf technische Funktionalität und auf

2 Straßenverkehrsrecht

Einhaltung der Abgasvorschriften. Andernfalls gibt es keine Verlängerung für eine abgelaufene TÜV-Plakette. Ohne TÜV-Plakette darf ein Fahrzeug nicht geführt, ja nicht einmal auf öffentlichen Straßen geparkt werden.

Weder Software noch Geräte werden technisch überwacht. Soziale Netzwerke sollten gezwungen sein, ihre Algorithmen und ihren Source-Code offenzulegen, damit der faire neutrale Betrieb des Sozialen Netzwerks überwacht werden kann.

2.12 Verkehrsüberwachung

Strassen und Schienen werden nach strengen Standards gebaut. Diese müssen regelmäßig überwacht und repariert werden. Schnelles Fahren in Deutschland ist nur deshalb möglich, weil man sich auf den Straßenzustand verlassen kann: ein unerwartetes Schlagloch oder eine nicht angezeigte enge Kurve kann tödliche Folgen haben.

Auch der Verkehr auf den Straßen wird überwacht, mit Verkehrskameras, Geschwindigkeitskontrollen mittels Radar, ja sogar mit Hubschraubern über Ferienverkehr auf Autobahnen.

Eine vergleichbare Überwachung der Sicherheit in sozialen Netzwerken findet nicht statt. Der EU Digital Services Act (DSA) überlässt die Kontrolle weitgehend den Netzwerkbetreibern, welche diese systematisch vernachlässigen, aus wirtschaftlichen Gründen und aus politischen Gründen (X, Tiktok).

2.13 Ökosystem

Den Deutschen sind Autos wichtig ... also investieren sie Zeit, Kreativität und Geld. Um den Straßenverkehr herum ist ein ganzes Ökosystem von

2.14 ADAC

Dienstleistern und Herstellern entstanden, die erheblich - je nach Sichtweise - zur Wertschöpfung bzw. den Kosten des Straßenverkehrs beitragen: Notärzte, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Abschleppdienste, Pannenhilfe, Fahrschulen, spezialisierte Anwälte und Zubehörlieferanten.

Wäre den Deutschen die Wahrheit und die Qualität der gesellschaftlichen Diskurses viel wert, gäbe es ein heute ein ähnlich ausgereiftes Ökosystem zur Förderung von Wahrheit, Meinungsaustausch ... und zur Sanktionierung von Aktionen und Akteuren die das behindern.

2.14 ADAC

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club e. V. ([ADAC](#)), ist der größte Verkehrsclub Europas mit Sitz in München. Er ist mit 21.8 Millionen Mitgliedern (2024) die wohl größte Interessenvertretung und Lobbyorganisation in Deutschland und bietet Dienstleistungen für Autofahrer wie Pannenhilfe und Versicherungen.

Der ADAC genoss 2005 bei den Bundesbürgern zum dritten Mal in Folge das größte Vertrauen unter den deutschen Institutionen. Dies war das Ergebnis der damals veröffentlichten Untersuchung *Perspektive Deutschland*, die in dem Jahr zum vierten Mal durchgeführt wurde und an der sich über 500 000 Online-Nutzer beteiligt hatten. Danach vertrauen 62 Prozent der Befragten dem Automobilclub.

2.15 VGT

Der Deutsche VerkehrsgerichtsTag [VGT](#) ist eine seit 1963 jährlich stattfindende Konferenz für Straßenverkehrsrecht. Sie hat bundesweit Relevanz,

2 Straßenverkehrsrecht

da ihre Empfehlungen häufig in der Politik bei der Ausgestaltung von Gesetzen und Vorschriften berücksichtigt werden.

Die Tagung befasst sich interdisziplinär mit allen Bereichen der Verkehrswissenschaft, wobei der Schwerpunkt bei der Rechtsprechung in Verkehrssachen liegt. Teilnehmer sind Juristen und Experten für Verkehrsrecht, Verkehrssicherheit, Fahrzeugtechnik und Verkehrstechnik aus Forschung, Lehre und Praxis. Neben einigen Plenarveranstaltungen werden zahlreiche thematische Arbeitskreise gebildet, die ihre Ergebnisse als Empfehlungen veröffentlichen.

2.16 Straftaten

Die Gefährdung des Verkehrs ist strafbewehrt und zeigt eine deutliche Ausdifferenzierung wo es um den Straßenverkehr geht: Gefährdung des Bahn-, Schiffs- und Luftverkehrs (§ 315a), Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b), Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c), Verbote Kraftfahrzeugrennen (§ 315d), Einziehung von Fahrzeugen (§ 315f), Trunkenheit im Verkehr (§ 316).

Entsprechend sollten gefährliche Eingriffe in die öffentliche Kommunikationsinfrastruktur strafbewehrt sein, z.B. das Unterdrücken wahrer oder das Verstärken falscher Informationen in sozialen Netzwerken, sei es durch den Plattformbetreiber oder durch einen Angreifer von außen.

2.17 Verkehrsdelikte

Deutschland hat ein ausdifferenziertes System von Verkehrsregeln, was erlaubt und verboten ist. Betrachten wir das Beispiel Parken: wo darf man

2.18 Ordnungswidrigkeiten

wann wie lange mit dem Auto anhalten? Auf bestimmten Flächen ist Parken erlaubt, manchmal begrenzt zu bestimmten Uhrzeiten, manchmal begrenzt für eine bestimmte Maximaldauer, welche mit einer den Beginn der Parkzeit vermerkenden Parkscheibe kontrolliert wird. Im "eingeschränkten Halteverbot" ist kein Parken erlaubt, nur Halten bis maximal 3 Minuten. Im "absoluten Halteverbot" ist Halten grundsätzlich verboten. Die Definition des Haltens erlaubt aber das Stehen des Fahrzeugs, wenn es die Verkehrslage oder eine Anordnung erfordert. Kompliziert? Wir alle leben damit gut.

Genauso lässt sich ausdifferenzieren unter welchen Umständen welche Lügen toleriert werden können, wie schwer die Lügen wiegen und wie hoch ein Bußgeld oder eine Strafe ausfallen sollte.

2.18 Ordnungswidrigkeiten

Millionen von deutschen Autofahren begehen Millionen von Verkehrsverstößen. Wie ahndet man diese rechtsstaatalich, ohne die Gerichte zu überfordern? Das Reichsstrafgesetzbuch vom 15. Mai 1871 unterscheidet zwischen 'Verbrechen', 'Vergehen' und 'Übertretungen', und hat mit letzterem eine Kategorie des Strafrechts geschaffen, welche für rechtswidrige und schuldhafte Verhaltensweisen deren Unrechtsgehalt gering war, die Möglichkeit einer vereinfachten prozessualer Behandlung durch die vorgerichtliche Ahndung durch Verwaltungsbehörden vorsah.

1949 bündelte der Gesetzgeber durch den Erlass des ersten Wirtschaftsstrafgesetzes einige verbliebene Tatbestände des Wirtschaftsstrafrechts auf und reduzierte durch die Umwandlung einiger Straftaten in Ordnungswidrigkeiten den Einfluss der Verwaltungsbehörden, in deren Händen bislang vielfach die Steuerung der Wirtschaft durch Ordnungsstrafgewalt lag. Es führte die Geldbuße als neue Art der Verwaltungsstrafe ein.

2 Straßenverkehrsrecht

Das 1952 in Kraft getretene Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) übernahm diese Verwaltungsstrafe. *Ordnungswidrigkeiten* sind demnach *alle mit Geldbuße bedrohten Handlungen*.

Das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) vom 24. Mai 1968 wandelte insbesondere die praktisch besonders bedeutsamen Übertretungstatbestände des Straßenverkehrsrechts in Bußgeldtatbestände um.

Bei manchen Verstößen gegen die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) kann neben der Geldbuße (Synonym: Bußgeld) auch ein Fahrverbot von maximal drei Monaten verhängt werden.

Ähnlich wie im Straßenverkehr könnte man in der veröffentlichten Kommunikation, z.B. in sozialen Netzwerken, für häufige Vergehen wie das Verbreiten von widerlegten Propagandalügen einen Bußgeldkatalog definieren, und darüber hinaus temporäre Veröffentlichungsverbote aussprechen (z.B. Kontosperrungen, Talk-Show-Verbote). Mit § 118 *Belästigung der Allgemeinheit* besteht eine Grundlage im Ordnungswidrigkeiten-Gesetz (OWiG). Durch ein solches skalierbares Verwaltungsverfahren könnte man die aktuelle Flut an Desinformation, Hass und Hetze eindämmen, ohne die freie Meinungsäußerung zu gefährden, denn wie bei anderen Ordnungswidrigkeiten bliebe der Rechtsweg offen.

2.19 Verkehrspolizei

Die Einhaltung der Zulassung, TÜV, Führerschein und vor allem des Verkehrsverhaltens wird von der Polizei überwacht, gegebenenfalls mit Bußgeld belegt oder zur Anzeige gebracht. In schweren Fällen werden Fahrzeuge abgeschleppt oder gar ganz aus dem Verkehr gezogen, Führerscheine eingezogen, Fahrer in Ausnüchterungszellen verbracht. Manche dieser

2.20 Scoring

Verkehrsüberwachungsmaßnahmen sind so stark formalisiert, dass keine volle Polizeiausbildung dafür nötig ist (vormals "Politesse" bzw. jetzt [Hilfspolizist:in](#)).

Eine vergleichbare personell ausgestattete Organisation mit entsprechenden Berufsbildern, welche für die Sicherheit auf den Kommunikationswegen sorgt, gibt es leider nicht: dies ist schlicht eine Frage der Prioritäten.

2.20 Scoring

Deutschland betreibt in Flensburg seit 1958 - lange vor einem Scoringsystem in China - ein Verkehrszentralregister (VZR), in welchem für schwere Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung für jeden Fahrer ein Punktekonto geführt wird. 2014 wurde es in Fahreignungsregister (FAER) umbenannt. Bei einem hohen Punktwert drohen Ermahnung, Verwarnung und Entziehung der Fahrerlaubnis.

Die moderne Statistik und IT hat Scoring-Verfahren leistungsfähiger und ökonomischer gemacht. Das klassische Beispiel ist der 1955 ins Leben gerufene Science Citation Index (SCI), und Google's Page Rank (1997 patentierte).

Scoring ist *die* Methode, um technisch Wissen zur Zuverlässigkeit von Quellen und Konten zu sammeln und zu konsolidieren. In sozialen Netzwerken sollte Transparenz darüber herrschen, welche Konten wie zuverlässig Fakten berichten, wie sehr sie Hetzen und Hass verbreiten, wie oft sie gerügt worden sind. Scores sind die Grundlage dafür, Bußen zu verhängen, anonyme Konten temporär zu sperren oder dauerhaft zu schließen, Übertretungen und Identitäten automatisch an Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten.

2.21 Zwischenfazit 2

Wir regulieren **Strassen**, **Fahrzeuge** und **Hersteller**. Wir beachten **Verkehrspsychologie**, unsere **Zulassungsbehörden** erzwingen **Versicherungen**, **Nummernschilder**, **Führerschein**, besonders für **Berufsfahrer**. Wir warnen und bestrafen **Geisterfahrer**. Der **TÜV** überwacht den technischen Zustand jedes Fahrzeugs, die **Verkehrsüberwachung** überwacht **Strassen** und **Verkehr**, und rund ums Auto ist ein ganzes **Ökosystem** von wertschöpfenden Produkten und Dienstleistungen entstanden. Deutsche stecken Geld und Vertrauen in den **ADAC**, der **VGT** entwickelt laufend rechtliche Empfehlungen weiter, **Straftaten** werden verfolgt und bestraft, massenhafte **Ordnungswidrigkeiten** werden weitgehend automatisiert sanktioniert, die möglichen **Verkehrsdelikte** sind fein differenziert, die Regeln werden in den Fahrschulen gelehrt und von spezialisierter **Verkehrspolizei** überwacht. Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung werden in einem **Scoring** zusammengefasst und darauf basierend Sanktionen verhängt.

All diese Maßnahmen und Institutionen haben - potenziell - Äquivalente auf unseren Kommunikationswegen.

3 Kommunikationsrecht

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass unser Rechtssystem auf technischen Fortschritt reagieren muss und kann. Das gilt für die moderne, technikgestützte Kommunikation genauso wie für den Straßenverkehr.

3.1 Klassifikation

Bei der rechtlichen Bewertung von Sprechakten ist grob zwischen folgenden Begriffen zu unterscheiden

- Falsche Aussage (Misinformation)
- Lüge (Desinformation)
- Hetze (Mobbing, Volksverhetzung)
- Drohung
- Gutheißen von Straftaten
- Aufforderung zu Straftaten
- Unterstützung von Straftaten (zum Beispiel durch Veröffentlichung privater Adressen)
- Erpressung

Manche dieser Sachverhalte sind hinreichend durch geltendes Recht sanktioniert (z.B. Erpressung), manche werden nicht hinreichend verfolgt (z.B. Volksverhetzung), und einer ist zu Unrecht nicht einmal strafbewehrt: die Lüge.

3.2 Definition der Lüge

Desinformation (umgangssprachlich 'Lüge') ist definiert als eine mit böser Absicht verbreitete Misinformation (umgangssprachlich 'falsche Aussage').

3.3 Pflicht zur Wahrheit

Die Wahrheit ist wie das Recht ein hohes Gut. Wir geben viel Geld aus für Institutionen, welche die Wahrheit erforschen und lehren.

Die Lüge ist nicht von der freien Meinungsäußerung gedeckt. Lüge ist keine Meinung. Wer jetzt aufschreit, sei es aus der liberalen oder aus der totalitären Ecke, der sei daran erinnert, dass das achte der zehn Gebote die Lüge ächtet. „Du sollst nicht lügen“ gilt nicht nur für Christen, die die zehn Gebote befolgen, sondern für jedermann, da dieser Grundsatz auch mehrfach in deutschen Gesetzen verankert ist. Zeugen bei einem Strafprozess beispielsweise sind grundsätzlich zur Wahrheit verpflichtet, anderenfalls machen sie sich strafbar (§ 153 StGB). Auch in § 13 SG (Soldatengesetz) ist geregelt, dass ein Soldat in dienstlichen Angelegenheiten die Wahrheit sagen muss. Dies gilt auch für Richter in Deutschland (§ 38 Deutsches Richtergesetz).

Außerhalb dieser speziellen Domänen ist die Lüge aber nicht sanktioniert, denn vor der Erfindung der sozialen Netzwerke und der Verbreitung von Smartphones war das Verbreiten von Nachrichten und Meinungen Profis vorbehalten, war die massenhafte öffentliche Lüge kein Thema, genauso wenig wie haufenweise Verkehrsunfälle vor der Verbreitung des Automobils.

3.4 Soziale Netzwerke

3.4 Soziale Netzwerke

Seit der Erfindung der sozialen Netzwerke und der Verbreitung von Smartphones erleben wir, dass ausländische Mächte und extremistische Kräfte im Inneren durch Lügen die gesellschaftliche Bildung und Wahrheit im größeren Ausmaß zersetzen können. Wir erleben, wie große Bevölkerungsgruppen von technisch verstärkten Desinformationen fehlgeleitet (Brexit), verunsichert und frustriert werden, sich von (halbwegs) seriösen Institutionen abwenden (z.B. vom halbwegen seriösen ÖRR), und in die Fänge dubioser Akteure geraten. Wenn große Bevölkerungsgruppen die vierte Gewalt nur noch als "Lügenpresse", das Robert-Koch-Institut nur noch als "Impf-Mafia" oder überlebensnotwendigen Umweltschutz nur noch als "Grüne Sekte" wahrnehmen, ist unsere Demokratie in Gefahr. "Der Kreml stuft Deutschland als leichte Beute ein", so der ehemalige BND-Vizepräsident Arndt Freytag von Loringhoven im [Spiegel](#).

3.5 Allgemeingüter

In Deutschland ist die Schädigung von Allgemeingütern selbstverständlich strafbewehrt, das reicht von Gewässerverunreinigung (§ 324), Bodenverunreinigung (§ 324a), Luftverunreinigung (§ 325) bis zu Gemeingefährlicher Vergiftung (§ 314). Der Kommunikationsraum darf in Deutschland hingegen ungestraft verunreinigt und die Wahrheit unkenntlich gemacht werden: unsere Investitionen in Bildung, Schulen, Universitäten, Volkshochschulen und Öffentlich Rechtlichen Rundfunk (ÖRR) dürfen noch immer durch Verbreitung von Desinformation zunichte gemacht werden, nicht einmal die Vergiftung des öffentlichen Diskurses und unserer Wahlen durch feindliche Propagandalügen steht unter Strafe.

3.6 Öffentliche Lüge

Während im privaten die Lüge vielleicht noch als "Meinungsäußerung" toleriert oder gar als "soziale Kompetenz" gelobt werden konnte, gilt dies nicht mehr für die massenhaft technisch verstärkte Lügen im öffentlichen Raum. Das bedeutet, wir müssen uns der Aufgabe stellen, die Kommunikation im öffentlichen Raum genauso effizient und zivilisiert zu regeln, wie den Straßenverkehr.

3.7 Beispiel Wahlen

Ich erlebe immer wieder, dass Menschen der Meinung sind, man könne die Lüge nicht sanktionieren, weil das die freie Meinungsäußerung unterminieren würde. Hier ein einfaches motivierendes Gegenbeispiel: die Lügen von Parteien vor der Wahl.

In der Tat lässt sich schwer erzwingen, dass eine Partei ihre Wahlversprechen in der Regierung auch umsetzt. Wir können die Lüge vor der Wahl nicht grundsätzlich verhindern. Es gibt aber überhaupt keinen Grund, den Parteien modernes Zielgruppenmarketing zu erlauben. Wenn Parteien verschiedenen Wählergruppen verschiedene und schlussendlich widersprüchliche Wahlversprechen machen dürfen, ist dies nicht nur eine Einladung zum Wahlbetrug: bei widersprüchlichen Wahlversprechen bzw. politischen Prioritäten ist der Wahlbetrug unvermeidlich. Statt jedem alles zu versprechen, sollen Parteien bitteschön ein einheitliches Wahlprogramm aufstellen, und damit bei allen für sich werben.

Zielgruppenmarketing vor Wahlen kann man schlicht verbieten, kontrollieren und sanktionieren, mit Geldstrafen und schlimmstenfalls mit dem Ausschluss von der Wahl. Dabei nimmt unsere Demokratie keinen Schaden, sondern im Gegenteil, profitiert durch Transparenz und die Anstreng-

3.8 Lüge oder Wahrheit

gung der Parteien, dementsprechend vernünftige Wahlprogramme zu erstellen.

3.8 Lüge oder Wahrheit

Wie unterscheiden wir die - juristisch relevante - Lüge von der Wahrheit, ohne Zensur und Willkür Tür und Tor zu öffnen? Zunächst einmal, indem wir ähnlich wie bei der Formulierung von Grundrechten eine allgemein gehaltene Definition wählen, die dann in Gesetzen und Verordnungen ausdifferenziert wird: eine Aussage ist eine Lüge, wenn sie offenkundig falsch ist (Misinformation) und offenkundig mit böser Absicht verbreitet wird (Desinformation).

Es gibt Aussagen, welche in diesem Sinne und ohne weitere Gesetze und Verordnungen offenkundig Lügen sind, z.B. "*der Holocaust hat nicht stattgefunden*". Der Wahrheitsgehalt vieler Aussagen ist leicht mit in [Wikpedia](#) geronnenem Allgemeinwissen zu überprüfen. Manche Aussagen erfordern zur Überprüfung mehr Arbeit, weil mehrere Quellen betrachtet werden müssen. Praktischerweise haben diese Arbeit vertrauenswürdige Fakt-Checker-Organisationen bereits für uns erledigt:

3.9 Lügenkataloge

Die East Stratcom Task Force, ein Team von Experten des Diplomatischen Dienstes der EU mit einem Hintergrund hauptsächlich in den Bereichen Kommunikation, Journalismus, Sozialwissenschaften und Russlandstudien betreibt den Internetdienst euvsdisinfo.eu. Teil der Website ist eine Datenbank mit (16. August 2024) 17.400 widerlegten Lügen aus Russlands Desinformationskampagnen. Wer bewusst eine dieser Lügen weiterverbreitet, sollte sanktioniert werden.

3 Kommunikationsrecht

3.10 Bewusstes Lügen

Was wenn jemand nicht weiß, dass er eine Lüge verbreitet? Generell gilt der Grundsatz "Unwissenheit schützt vor Strafe nicht". Von jemandem, der Aussagen öffentlich verbreitet, Journalist oder nicht, darf erwartet werden, dass er etwas Recherche betreibt, um den Wahrheitsgehalt seiner Aussagen sicherzustellen.

Will man dennoch, dass nur Personen bestraft werden, die zweifelsfrei wissen, dass sie lügen, gibt es ein einfaches Verfahren: man teilt der Person unter Angabe zuverlässiger Quellen mit, dass sie eine falsche Aussage gemacht hat. Wiederholt die Person diese Aussage so oder ähnlich, d.h. im Widerspruch zur übermittelten Quelle, dann lügt sie bewusst. Mit dieser Methode ließen sich auf einfache Art und Weise 99% der Trollaccounts in den Sozialen Netzwerken stilllegen, ohne die Kommunikation redlich bemühter Bürger einzuschränken. Ganz im Gegenteil: ohne den Trollmüll wird der Gedankenaustausch freier, ungestörter und produktiver, so wie der Straßenverkehr besser wird, wenn keine Rowdys auf den Straßen sind.

3.11 Dimensionen der Lüge

Die Strafwürdigkeit einer Lüge hängt von vielen Faktoren (bzw. Dimensionen) ab: die Schwere der Lüge, die Häufigkeit der Lüge, die Konsequenzen der Lüge und so weiter. Die Lüge zu bestrafen bedeutet, mathematisch gesprochen, eine Abbildungsfunktion aus diesem multi-dimensionalen Raum der Lügen auf die Höhe der Strafe zu definieren. Ich behaupte hier nicht, dass man ein Regelwerk schaffen kann, das für jeden Einzelfall die Lüge genau von der Wahrheit trennt und bewertet und mit einer passenden Strafe versieht (oder unbestraft lässt).

3.11 Dimensionen der Lüge

Was ich aber behauptet ist, dass es in diesem multi-dimensionalen Raum der Lügen Regionen gibt, bei denen man sehr klar sieht, dass es sich um schwerwiegende und strafwürdige Lügen handelt. Wir müssen z.B. nicht zulassen, dass Massen von anonymen bösartig programmierten AI-gesteuerten Bots unsere Kommunikationswege mit Ablenkung, Hass und Hetze verstopfen.

Ich glaube auch, dass die Allgemeinheit von einer Sanktionierung reichweitenstarker bösartiger Lügen profitieren würde. Genauso wie wir davon profitieren, dass nicht jeder wild sein Auto irgendwo abstellt, z.B. vor einer Feuerwehrzufahrt, und deswegen ein brennendes Haus nicht gelöscht werden kann.

Die Höhe der Strafe sollte eine Funktion der folgenden Faktoren einer Aussage sein:

$$\text{Strafe} = f(\text{Lügengrad, Insistenzgrad, Häufigkeit, Schweregrad, Massengrad, Opfergrad, Profigrad, Lügnerscore})$$

3.11.1 Lügengrad

Der Wahrheitsgehalt einer Aussage kann oft eindeutig als 100% (wahr) oder 0% (falsch) angegeben werden, im Falle unvollständiger Information als eine *Plausibilität* zwischen 0% und 100%. Der Lügengrad ist einfach

$$\text{Lügengrad} = 1 - \text{Wahrheitsgehalt}$$

3.11.2 Insistenzgrad

Hat eine Person eine Lüge trotz Belehrung wiederholt, kodieren wir 100%, liegt keine Wiederholung vor, kodieren wir 0%, für Aussagen welche sich mit einer Belehrung überlappen, mit einer Zahl zwischen 0% und 100%.

3 Kommunikationsrecht

Das Publizieren mit abgeschalteter Kommentarfunktion wird sowie bösartiges Missverstehen wird auch ohne Wiederholung mit einem hohen Insistenzgrad kodiert.

3.11.3 Häufigkeit

Troll- und Spam-Accounts wiederholen typischerweise ihre Lügen sehr oft. Das ist viel billiger, als für den Einzelfall maßgeschneiderte Lügen zu fabrizieren. Deshalb ist die Häufigkeit einer Lüge ein nützliches Merkmal bei der Bestimmung der Höhe der Strafe.

3.11.4 Schweregrad

Manche Lügen lassen keine negativen Folgen erwarten, sie sind vielleicht unästhetisch, aber erfordern keine Sanktionierung. Die Aussage, "alle Schwäne sind lila" ist zu 100% gelogen, dürfte aber in der Regel folgenlos sein. Die Aussage "alle Ukrainer sind Nazis" hingegen, ist nicht nur gelogen, sie ist auch geeignet, die Unterstützung der angegriffenen Ukraine zu unterminieren, und damit dem Aggressor Putin zum Sieg zu verhelfen, mit genozidalen Folgen für die ukrainische Bevölkerung und schlimmen Folgen für die Europäische Sicherheit.

Bei der Bestimmung des Schweregrads einer Lüge sollten zumindest die Konsequenzen für die folgenden Aspekte berücksichtigt werden, zwischen harmlos (0%) und schädlich (100%)

- persönliche Sicherheit
- innere Sicherheit
- äußere Sicherheit

Der Schweregrad wird als Maximum der Bewertungen der relevanten Sicherheits-Aspekte ermittelt.

3.11 Dimensionen der Lüge

3.11.5 Massengrad

Desinformationskampagnen (und Hassmobbing) leben von der Zahl der teilnehmenden Täter. Deshalb ist die Anzahl der Lügner ein wichtiges Merkmal bei der Bestimmung der Höhe der Strafe. Diese Regel ist essentiell, denn

- über Wahrheit lässt sich nicht abstimmen
- Täter dürfen sich nicht hinter eine Gruppe verstecken können

Deshalb werden (und müssen) *Straftaten aus Gruppen* (§ 184j) heraus ganz besonders sanktioniert werden.

3.11.6 Opfergrad

Wir erachten eine Straftat als schlimmer, wenn sie sich gegen eine wehrlose unschuldige Person oder Personengruppe richtet, als wenn sie sich gegen eine wehrhafte schuldige Person richtet. Ein unschuldiges - ziviles - Kind zu töten ist etwas anderes als einen angreifenden erwachsenen Soldaten in Notwehr oder Nothilfe.

Die Aussagen "alle Russen sind Nazis" und "alle Ukrainer sind Nazis" sind beide falsch, aber die zweite richtet sich - im aktuellen Kontext 2024 - gegen ein angegriffenes Volk das sich gegen einen Vernichtungskrieg wehrt, ist der Versuch, diesen Vernichtungskrieg zu legitimieren, hat dementsprechend einen hohen Opfergrad.

3.11.7 Reichweite

Die Reichweite gemessen an der Zahl der erreichten Personen ist ein wichtiges Kriterium für die Schwere einer Lüge. Wenn ein Influencer mit einer Million Followern eine Lüge in die Welt setzen, hat das eine andere Qualität als wenn das Klein-Erna oder Klein-Fritzchen mit 20 Followern tun.

3 Kommunikationsrecht

Wenn Max Musterschüler in einer Schülerzeitschrift mit einer Auflage von 100 Exemplaren eine Lüge veröffentlicht, ist das eher harmlos und kann innerhalb der Schule gehandhabt werden. Völlig anders ist es, als "Experte" mit akademischer Reputation (und Beamten-Pflichten) einen Betrag für den Spiegel schreibt, der pro Ausgabe etwa 4 Millionen Leser erreicht und belügt.

Reichweiten könnte man wie folgt bepunkteten:

- bis 500 Leser 0%
- bis 1.000 Leser 10%
- bis 5.000 Leser 20%
- bis 10.000 Leser 30%
- bis 25.000 Leser 40%
- bis 50.000 Leser 50%
- bis 75.000 Leser 60%
- bis 100.000 Leser 70%
- bis 250.000 Leser 80%
- bis 500.000 Leser 90%
- über 500.000 Leser 100%

3.11.8 Profigrad

Ein Fausthieb eines Karatekämpfers wird vor Gericht anders bewertet als der Faushieb eines Laien. Die Hände eines Karateka mit schwarzem Gürtel gelten als Waffen. Von einem Profi erwarten wir einen besonders verantwortungsvollen Umgang mit seinen Waffen.

Den Profigrad einer Lüge bestimmen wir anhand zweier Aspekte (Maximum der Prozentbewertungen):

- Ist der Verfasser der Lüge ein Experte auf dem Feld der Aussage (oder behauptet dies reichweitenstark)?

3.11 Dimensionen der Lüge

- Ist der Verfasser ein professioneller Journalist oder professioneller Kommunikator?

Äussert sich ein Vollzeit-Professor für internationale Politik zum Krieg in der Ukraine, handelt es um etwas anderes, als wenn dies ein Laie tut. Wir schlagen folgende Bepunktung vor

- keine Berufsausbildung auf dem Feld der Aussage 0%
- Geselle/Bachelor/FH 20%
- Meister/Master/Diplom 40%
- Promotion 60%
- Habilitation 80%
- Professur 100%

Wird die aktuelle Berufstätigkeit auf dem Feld der Aussage ausgeübt, erhöht sich die Bepunktung um 20% Punkte. Wird Expertentum auf dem Feld der Aussage beansprucht, erhöht sich die Bepunktung um 20% Punkte.

Ausgebildete oder hauptberufliche Journalisten werden mit 100% bewertet. Social Media Konten werden wie folgt bepunktet:

- bis 500 Follower 0%
- bis 1.000 Follower 10%
- bis 5.000 Follower 20%
- bis 10.000 Follower 30%
- bis 25.000 Follower 40%
- bis 50.000 Follower 50%
- bis 75.000 Follower 60%
- bis 100.000 Follower 70%
- bis 250.000 Follower 80%
- bis 500.000 Follower 90%
- über 500.000 Follower 100%

Das Wählen von Kontenoptionen mit besonderer Reichweite erhöht den Punktewert um 20%.

3 Kommunikationsrecht

3.11.9 Lügnerscore

Wir bestrafen Wiederholungstäter in der Regel härter, als Ersättler, denen wir eine Chance auf soziale Rehabilitierung einräumen.

Ein Lügnerscore kodiert die kumulierten Lügen, also die im Laufe der Zeit sichtbar gewordene Unzuverlässigkeit der Quelle. Lügnerscores können pro sozialem Netzwerk gepflegt werden, oder wie beim Flensburger Punkteregister können verhängte Bußgelder und Strafen über verschiedene Veröffentlichungsorgane hinweg gesammelt und aggregiert werden.

3.12 Anonyme Konten

Es gibt gute Gründe dafür, in den sozialen Netzwerken ein Konto anonym zu führen, zum Beispiel wenn man dort gegen die Propaganda russischer Geheimdienste vorgeht. Begeht ein anonymes Konto Straftaten, so ist der Netzwerkbetreiber verpflichtet, den Ermittlungsbehörden die Identität offen zu legen. Was aber macht man bei Ordnungswidrigkeiten: bei denen das Aufdecken der Identität nicht verhältnismäßig ist? Wie kann man Bußgelder von einem anonymen Konto eintreiben?

Ganz einfach: bei anonymen Konten müsste der Netzwerkbetreiber in der Pflicht sein, in Vorleistung zu gehen. Er dürfte versuchen sich die Bußgelder zurückzuholen, oder gar vorab eine Kaution für das Betreiben eines anonymen Kontos verlangen. Bei wiederholten Verstößen (ab einem gewissen Lügnerscore) könnte der Netzwerkbetreiber verlangen, dass der Kontoinhaber die Anonymität aufgibt bzw. das Konto sperren.

3.13 Künstliche Konten

3.13 Künstliche Konten

Bots, künstliche Intelligenzen und sonstige Automaten haben kein Recht auf freie Meinungsäußerung und könnten schlicht verboten werden. Hier ist der Netzwerkbetreiber zu sanktionieren, wenn er Bots zulässt oder Sperraufforderungen der Behörden nicht nachkommt. Für widerrechtlich gesperrte Konten muss es Einspruchsverfahren geben (die notfalls vor Gericht enden).

3.14 Kinderkrankenhaus Okhmatdyt

Am 8. Juli 2024 beschoss Russland das Kinderkrankenhaus Okhmatdyt in Kiew mit einer Rakete. Zwei Erwachsene wurden getötet und 30 Menschen wurden verletzt, darunter 10 Kinder [Wikipedia](#).

Am 11. Juli 2024 ist die Chefin und Namensgeberin der pro-Putinistischen Partei "Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)" zu Gast in der Talk-Show "Maybrit Illner" mit durchschnittlich 2.5 Mio Zuschauern im ersten Halbjahr 2024. Die gesamte Sendung ist auf dem Youtube Kanal von ZDFheute (1.3 mio. Abonnenten) einschließlich und hatte (weitere) 580.000 Aufrufe [YouTube](#).

In dieser Talk-Show suggerierte Sahra Wagenknecht, dass das Kinderkrankenhaus Okhmatdyt in Kiew nicht von einer russischen Rakete getroffen wurde, sondern von Trümmerteilen einer Abwehrakete. Der relevante Ausschnitt ist hier zu finden [X](#)

und wird von Gert Wöllmann wie folgt kommentiert:

Methode Wagenknecht: Eine Minute lang den russischen Raketeneangriff auf das Kinderkrankenhaus anzweifeln, um dann am Ende – nach Gegenwind – zu behaupten, dass sie darüber

3 Kommunikationsrecht

gar nicht streiten will, da das ja gar nicht ihr Thema ist. War es nur eine Minute lang.

Sahra Wagenknecht sagte wörtlich:

Ich möchte einen Punkt schon noch richtig stellen, weil sie immer sagen, die Abwehr-Raketen können schützen. Viele zivile Opfer in der Ukraine, das wird ja auch so gemeldet, entstehen auch dadurch, dass Raketen abgefangen werden und die Trümmerenteile dann in Zivile Gebiete fahren.

Also in Kiev zum Beispiel, an dem gleichen Tag, an dem auch das Kinderkrankenhaus getroffen wurde, wurden in einem Zentrum für Frauen-Gesundheit mehrere Todes-Opfer gemeldet, die sind durch herunterfallender Raketenteile, äh, ermordet worden.

Auch bei dem Kinderkrankenhaus waren die ersten Meldungen, übrigens, dass das auch herunterfallender Raketenteile waren.

Claudia Major wies darauf hin, dass das eine Desinformation ist:

Das ist als falsch widerlegt worden

Sahra Wagenknecht weicht aus:

Aber ich will darüber gar nicht streiten

Omid Nouripour bestätigt:

Es ist bestätigt von allen Seiten

Sahra Wagenknecht insistiert:

3.14 Kinderkrankenhaus Okhmatdyt

Nein, Es ist nicht bestätigt. Sie haben nur bestätigt, dass sie dort Raketenteile gefunden haben. Das ist aber, wenn sie natürlich eine Rakete abschießen, finden sie die Raketenteile. Mir ist das auch, ich will darüber nicht, ich kenne die Situation nicht. Und ich weiß, dass im Krieg von allen Seiten gelogen wird. Insofern kann es sein, dass die Russen lügen, es kann sein, dass die Ukrainer lügen. Ich finde, nicht sehr plausibel zur Eröffnung des NATO-Gipfels ausgerechnet, einen Kinderkrankenhaus anzugreifen. Aber ich will darüber nicht streiten, weil das ist nicht mein Thema.

No, she didn't want to argue about it, but rather spread false claims that would stick in the viewers' minds. The ARD fact check "[In line with Russian propaganda](#)" summarizes this passage under the heading '*False statements about the war in Ukraine*' as follows:

"There are various disinformation methods that are noticeable in Wagenknecht and her party members," says Klaus Gestwa, Director of the Institute for Eastern European History and Regional Studies at the University of Tübingen. False statements about the war in Ukraine are spread unabashedly.

For example, Wagenknecht suggested on Maybrit Illner's ZDF Politalk that the Ochmatdyt hospital in Kiev was not hit by a Russian missile, but presumably by debris from a Ukrainian anti-aircraft missile. It is considered fairly certain that the children's hospital was hit by a Russian Kh-101 (Ch-101) missile. This is one of the conclusions of the preliminary investigation by the UN Human Rights Office.

Damit liegen eigentlich genügend Informationen über eine eindeutige, strafwürdige und gerichtsfeste Lüge von Sahra Wagenknecht vor. Wir werden gleich sehen, dass der Schweregrad dieser Lüge einer Straftat entspricht, und nicht nur das Vereinfachte Bußgeld einer Ordnungswidrigkeit über EUvsDisinfo. Dennoch suchen wir einmal dort nach '['Okhmatdyt'](#)' und

3 Kommunikationsrecht

finden acht Einträge, unter anderem diesen "["DISINFO: Russia strikes military sites, Kyiv children's hospital hit by fragments of Western air-defence missiles"](#)" aus dem klar hervorgeht, dass es sich um einen Direkttreffer einer russischen Kh-101 Rakete gehandelt hat:

Military experts have concluded unequivocally that the hospital was intentionally hit by a Russian missile, which Ukraine identified as a Kh-101 model launched from Russian aircraft Tu-95MS. The United Nations on 9 July 2024 said there was a "high likelihood" that the children's hospital in Kyiv suffered "a direct hit" from a Russian missile.

The episode was serious enough to lead to a UN Security Council meeting on 9 July 2024 at Ukraine's request. Online attempts to blame Ukraine for this incident have been debunked by professional fact-checkers.

Damit ist diese unsanktioniert Lüge noch *nicht* vorbei. So wie der ARD-Faktencheck über diese und weitere Lügen von Sahra Wagenknecht und ihrer Partei BSW aufgeklärt hat, hatte dies auch der kleine spendenfinanzierte österreichische Faktchecker Mimikama getan. Am 17.8.2024 veröffentlicht der offizielle X-account von BSW (19k Followers) diesen [Tweet](#) mit 35k Views

Wir haben die Fakten der selbsternannten ‚Faktenchecker‘ mal geprüft. Ergebnis: Mimika verbreitete Falschinformationen über das #BSW. Jetzt müssen sie sich bei uns entschuldigen. Danke dafür. Nächstes Mal bitte gleich besser recherchieren.

Der Link führt auf eine "["Redaktionelle Richtigstellung"](#)" von Mimikama in welcher Mimikama jegliche Vorwürfe gegen Wagenknecht zurücknimmt:

Wir hatten behauptet, dass das BSW gezielt prorussische Desinformation verbreite. Diesen Vorwurf nehmen wir hiermit zurück.

3.14 Kinderkrankenhaus Okhmatdyt

und zu dem Kinderkrankenhaus (falsch) "richtigstellt":

Wir hatten geschrieben, Sahra Wagenknecht habe bei Maybrit Illner <https://youtu.be/s23M5K8kaxs> behauptet, dass das Kiewer Krankenhaus Ochmadyt mutmaßlich von einer ukrainischen Flugabwehrakete getroffen wurde, obwohl Untersuchungen belegt hätten, dass das Krankenhaus von einer russischen Rakete des Typs Kh-101 getroffen sei.

Tatsächlich jedoch hatte Frau Wagenknecht lediglich darauf hingewiesen, dass nur bekannt sei, dass das Krankenhaus von Raketenteilen getroffen wurde, nicht aber von welchen. Eine unabhängige Untersuchung, die eine der beiden Seiten stützte, gab es nicht.

Am selben Tag [gibt Mimikama zu](#), zu dieser falsche Richtigstellung durch massiven anwaltlichen Druck gezwungen worden zu sein, andernfalls wäre die Existenz des Vereins bedroht gewesen:

Die letzten 7 Tage waren für mich und das Online-Team von Mimikama eine der herausforderndsten, die wir je erlebt haben. Alles begann, letzten Freitag, mit einer Abmahnung des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) bezüglich eines unserer Artikel vom 30. Juli 2024. Der Artikel behandelte die Verbreitung russischer Propaganda durch das BSW, und obwohl wir uns sicher waren, dass unsere Recherchen gründlich und korrekt waren, wurde uns durch den Anwalt von BSW vorgeworfen, Fehler gemacht zu haben.

Die Abmahnung zielte darauf ab, uns zur Abgabe einer Unterlassungserklärung zu zwingen. Der Druck war enorm: Es standen hohe Anwaltskosten und mögliche Vertragsstrafen im Raum, die für unseren kleinen Verein existenzbedrohend hätten sein können. Wir standen täglich im Austausch mit unserem Anwalt und dem von BSW, um eine Lösung zu finden.

3 Kommunikationsrecht

In dieser Zeit wurde uns bewusst, wie schnell alles, wofür wir arbeiten, auf der Kippe stehen kann.

Wir sind weiterhin überzeugt, dass unsere Berichterstattung korrekt war, doch es ist verständlich, dass der Anwalt von BSW, insbesondere im Kontext des laufenden Wahlkampfs, eine andere Sichtweise hat. BSW hat ein großes Interesse daran, bestimmte Narrative zu schützen, und das macht die Situation besonders kompliziert. Angesichts dieser politischen Spannungen war die Auseinandersetzung unausweichlich. Letztendlich mussten wir uns schweren Herzens entscheiden, die Unterlassungserklärung zu unterzeichnen, um einen langwierigen und kostspieligen Rechtsstreit zu vermeiden. Dieser Schritt fiel uns alles andere als leicht.

Wagenknecht hat also - mit der Finanzmacht von Putin im Hintergrund - einen kleinen Faktchecker-Verein gezwungen, seinen Ruf durch eine falsche Richtigstellung zu ruinieren. Dasselbe Manöver konnte sie offenkundig beim Faktencheck der finanzstarken öffentlich-rechtlichen ARD nicht durchziehen (oder hat sich mit der ARD auf die nächste reichweitenstarke Sendung mit Wagenknecht geeinigt: prominentes Einzelgespräch und Talkshow-Teilnahme am 8. September bei Caren Misosga zur besten Sendezzeit am Sonntag um 21:45, sowie auffällig viele andere bundesweite Sendungen mit BSW-Protagonisten, obwohl BSW noch nie bundesweit an einer Wahl teilgenommen hat).

Zusätzlich zur Lüge über das Kinderkrankenhaus, dürfte Wagenknecht mit dieser feigen Aktion den Straftatbestand der Nötigung durch Drohung mit einer SLAPP-Klage erfüllt haben. Was die Lüge selbst angeht, beweist diese Episode, dass Wagenknecht *wider besseres Wissen und mehrfach* gelogen hat, und darüber Dritte zu *Lügen genötigt* hat.

Kommen wir zur Bepunktung dieser eindeutig als Lüge zu klassifizierenden Aussage:

3.15 Prioritätensetzung

- Lügengrad: 100% Lüge, verifiziert von diversen Experten, Faktenchecken inkl. EUvsDisinfo
- Insistenzgrad: maximale Insistenz von 100% (trotz Belehrungen durch Experten in der Sendung, ARD Faktencheck, Mimikama Faktencheck)
- Häufigkeit: mehrfache Wiederholung der Lüge, sogar Nötigung eines Faktencheckers die Lüge als Wahrheit zu wiederholen
- Schweregrad: maximale Schwere von 100%, es wird ein Kriegverbrechen geleugnet, um einem angegriffenen Land die Unterstützung zu entziehen
- Massengrad: die Recherche EUvsDisinfo ergab mehrere Treffer
- Opfergrad: 100% die Opfer des Kriegsverbrechens und der Lüge waren kranke Kinder die zur Behandlung im Kinderkrankenhaus waren
- Profigrad: 100% Wagenknecht hat einen Abschluss in Philosophie und einen Doktorgrad in Politik, sie ist eine erfahrene - und mutmaßlich vom FSB ausgebildete - Propagandistin, beansprucht Expertise, ist eine hauptberufliche Bundestagsabgeordnete und hat 727K Followers auf X.
- Lügnerscore: 100% Wagenknecht verbreitet seit Jahren russische Desinformation

3.15 Prioritätensetzung

Ist die Wahrheit, ist eine friedliche wahrhaftige Kommunikation weniger wichtig als ein flüssiger unfallärmer Autoverkehr?

Wenn man die deutschen Vereine anschaut könnte man das meinen. Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club e. V. (ADAC) hat 22 Millionen Mitglieder, der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e. V. (ADFC) hat 230.000 Mitglieder (1% davon), der FUSS e. V. – Fußgängerschutzverein und Fachverband Fußverkehr Deutschland (FUSS) hat unter 1000 Mitglieder (0.5%

3 Kommunikationsrecht

davon) und der Allgemeine Deutsche Social-Media-Club e. V. (ADSC) hat Null (0) Mitglieder, denn den gibt es gar nicht.

Also ich persönlich verbringe pro Woche 1 Stunde im Auto, 5 Stunden auf dem Fahrrad, 10 Stunden zu Fuß und 28 Stunden mit Medienkonsum und in sozialen Netzwerken.

Nach einer [Schweizer Studie](#) beträgt die durchschnittliche Unterwegszeit zwischen 80 und 90 Minuten pro Tag, wovon 40% auf Auto und Motorrad entfallen, also eine gute halbe Stunde. Laut dem Statistik-Portal [de.statista.com](#) verbringen die Deutschen 7 Stunden pro Tag mit Medien. Laut Daten von [datareportal.com](#) verbringen Menschen weltweit 2 Stunden 20 Minuten in social media.

Betrachtet man die Nutzungsdauer, erscheint ein sicherer und wahrheitsgemäßer Verkehr in den sozialen Netzwerken noch wichtiger als der Autoverkehr.

3.16 Fazit

Ähnlich dem Strassenverkehrsrecht, Teil 2 könnte ein Kommunikationsrecht, Teil 3 gestaltet werden, mit einer angemessen **Klassifikation** von Sprechakten und **Definition der Lüge**. Veröffentlichung sollte eine **Pflicht zur Wahrheit** implizieren, gerade in reichweitenstarken Medien wie **Soziale Netzwerke**, um gesellschaftliche **Allgemeingüter** zu schützen. Die **Öffentliche Lüge** ließe sich ohne Einschränkung der Meinungsfreiheit sanktionieren, wie sich am **Beispiel Wahlen** zeigen lässt. **Lüge oder Wahrheit** ließen sich rechtssicher und effizient unterscheiden, etablierte **Lügenkataloge** erlaubten die automatisierte Verhängung von Geldbußen. Auch **Bewusstes Lügen** ließe sich rechtssicher diagnostizieren und anhand von acht **Dimensionen der Lüge** ließe eine angemessene Strafe ermitteln (**Lügengrad**,

3.16 Fazit

Insistenzgrad, Häufigkeit, Schweregrad, Massengrad, Opfergrad, Profigrad, Lügnerscore). Auch Anonyme Konten wären mit automatisierten Bußgeldverfahren machbar, und Künstliche Konten könnten leicht verboten werden. Am Beispiel des Angriffs Russlands auf das Kinderkrankenhaus Okmatdyt belegen wir den zweifelsfreien Nachweis einer schwerwiegenden Lüge, die leider unsanktiert blieb ... aber sanktiert werden könnte und müsste, weil eine angemessene Prioritätensetzung nach Nutzungsdauer von Verkehr in sozialen Netzwerken im Vergleich zum Straßenverkehr dies erfordert, um eine Zersetzung unserer Gesellschaft zu unterbinden.

